

**Mai 2020**

---

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Infektionsangst gegenüber Vormonat halbiert .....	2
Positives Urteil für Regierungsarbeit und Corona-Krisenmanagement .....	3
Politikerzufriedenheit: Merkel, Scholz und Spahn führen Politikerliste an.....	5
Massive Eintrübung der wirtschaftlichen Stimmung.....	6
Knapp zwei Drittel gegen staatliche Kaufanreize für Auto-Neukauf .....	8
Zwei Drittel sorgen sich um Kinderentwicklung, vier von zehn um Freiheitsrechte .....	9
Keine eindeutige Haltung zum Corona-Kurs der kommenden Wochen .....	11
Wenig Zuspruch für Ausgabe von Immunitätsausweisen.....	12
36 Prozent für Fortsetzung der Bundesligasaison mit Geisterspielen .....	13
Sonntagsfrage: CDU/CSU auf dem höchsten Wert seit August 2017 .....	14
Unions-Kanzlerkandidat 2021: Söder am besten bewertet.....	16
Studieninformation.....	17

## Zusammenfassung

Zur Eindämmung des Corona-Virus wurden in Deutschland Ende März massive Einschränkungen im öffentlichen Leben vorgenommen. Aus epidemiologischer Sicht mit Erfolg: Die Zahl der Neuinfektionen ist deutlich rückläufig. Damit einhergehend hat sich in der Bevölkerung sowohl die Infektionsangst als auch die Sorge vor einer Überlastung der medizinischen Infrastruktur massiv abgeschwächt. Die gesundheitspolitischen Erfolge der letzten Wochen bestimmen die Sicht auf die Bundesregierung: Kaum verändert stellen ihr gut zwei Drittel ein positives Zeugnis für das Krisenmanagement aus. Dies trägt auch im Mai zu einer mehrheitlich wohlwollenden Bewertung der Regierungsarbeit insgesamt bei. Erneut äußern sich fast zwei Drittel zufrieden. Die Unterstützungswerte für die Kabinettspitzen bleiben ebenfalls hoch. Angela Merkel erhält den größten Zuspruch seit Juli 2017. Olaf Scholz und Jens Spahn verfehlen ihre persönlichen Rekordwerte vom Vormonat knapp. Peter Altmaier erzielt einen neuen Bestwert, ebenfalls Horst Seehofer als Innenminister.

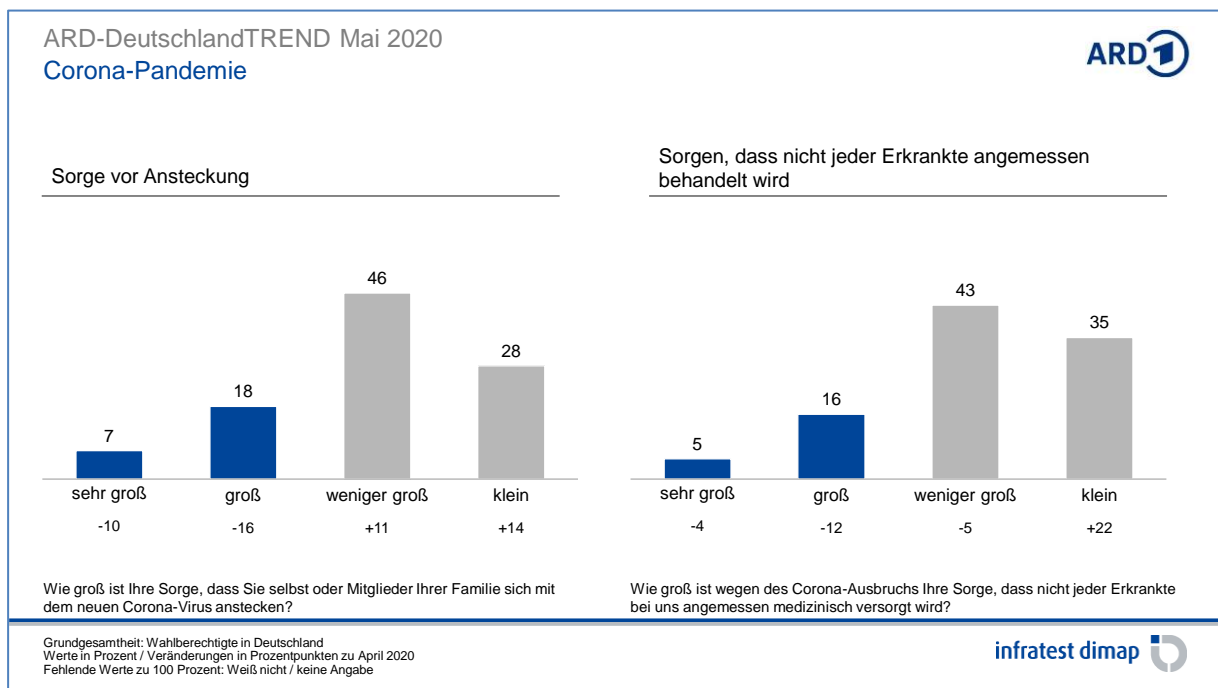
Nach sechs Wochen Lockdown bestimmen die Pandemiefolgen die Debatten. Die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger hat innerhalb von zwei Monaten einen Rekordabsturz durchlaufen: Bewerteten vor dem Lockdown noch zwei Drittel die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv, kommt aktuell nur ein Drittel zu diesem Urteil – der niedrigste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit der Euro-Finanzkrise. Diese Lagebeurteilung geht einher mit Skepsis gegenüber der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Ähnlich wie im Vormonat machen sich wegen des Corona-Ausbruchs drei Viertel sehr große bzw. große Sorgen, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtert. Kurzarbeitergeld, Soforthilfeprogramme, sinkende Infektionszahlen und erste Maßnahmen-Lockerungen wecken kurzfristig allerdings Hoffnungen, zumindest für die persönliche Situation: Die Zahl der Erwerbstätigen, die sich ernsthafte Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes machen ist zum Vormonat leicht auf 13 Prozent gesunken. Neben den wirtschaftlichen Konsequenzen wurde in Deutschland zuletzt verstärkt über soziale und verfassungspolitische Aspekte des Lockdowns diskutiert. Zunehmende Aufmerksamkeit erzielte die Situation der Kinder. Knapp zwei Drittel der Deutschen machen sich sehr große bzw. große Sorgen, dass wegen eingeschränkter Betreuungs- und Schulangebote die Entwicklung von Kindern beeinträchtigt sein könnte. Dass der Lockdown Freiheitsrechte längerfristig einschränkt, bewegt trotz begonnener Lockerungen weiterhin etwa vier von zehn Wahlberechtigten. Ungeachtet bestehender Sorgen ist die Haltung der Bundesbürger zum weiteren Corona-Kurs keineswegs eindeutig: Jeder zweite Bundesbürger wünscht sich für die kommenden Wochen zwar eine größere Lockerung von Maßnahmen. Immerhin 41 Prozent sprechen sich dagegen für ein Festhalten an den bisherigen Einschränkungen aus.

Von der guten Gesamtbewertung der schwarz-roten Bundesregierung und ihres Krisenmanagements profitiert weiterhin allein die Union: Sie legt in der Sonntagsfrage zum Vormonat um 5 Punkte auf 39 Prozent zu. Letztmalig lag sie im August 2017 auf diesem Niveau. Die SPD verharrt wie im April bei 16 Prozent. Die Opposition tut sich weiterhin schwer. Die Grünen hätten aktuell 18 Prozent (-4) in Aussicht, der niedrigste Wert seit Oktober 2018. Die AfD ist mit 9 Prozent (-1) wie zuletzt im August 2017 nur noch einstellig. Die FDP müsste mit 5 Prozent wie im Vormonat um den Bundestagseinzug kämpfen. Allein die Linke legt leicht zu, sie käme aktuell auf 8 Prozent (+1).

Wer die CDU/CSU letztlich 2021 in die Bundestagswahl führen wird, ist bislang offen. Von den Unions-Politikern, die hierzu im Gespräch sind, gilt Markus Söder aktuell bei jedem zweiten Bundesbürger (53 Prozent) als ein guter Kanzlerkandidat. Er überzeugt damit mehr Wahlberechtigte als Friedrich Merz, Armin Laschet und Norbert Röttgen. Der bayerische Ministerpräsident hat im Zuge der Corona-Krise deutlich an Rückhalt gewonnen und schneidet auch im Urteil der Unions-Anhänger derzeit am besten ab.

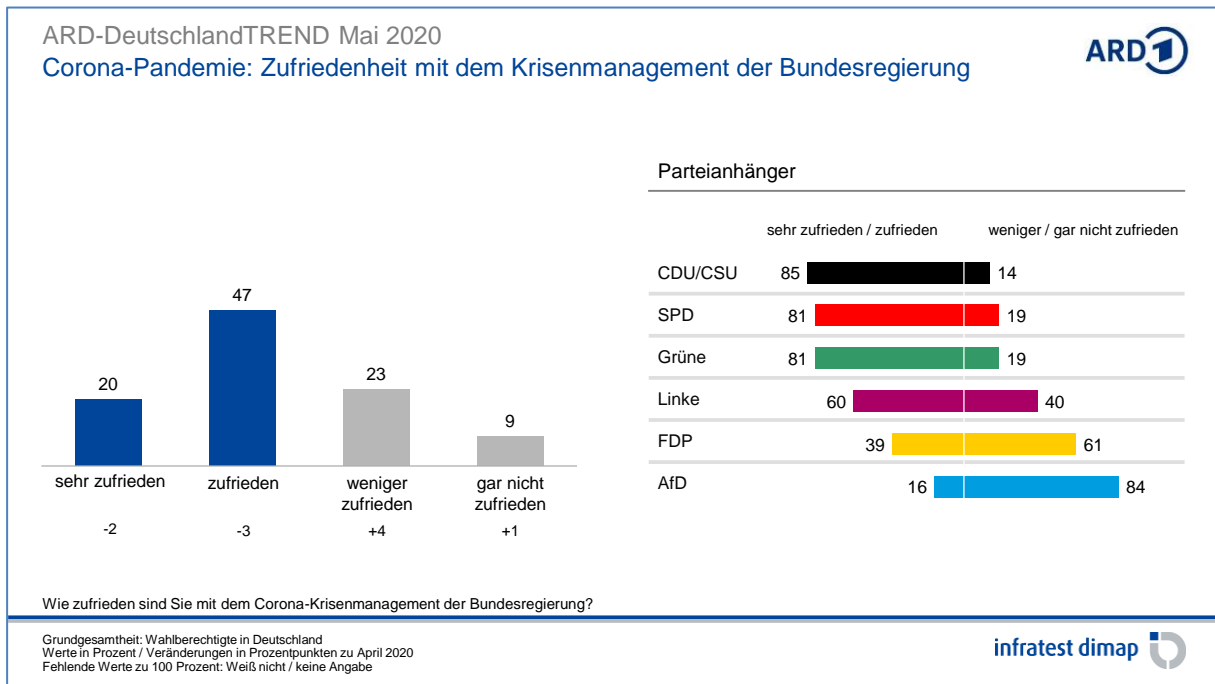
## Infektionsangst gegenüber Vormonat halbiert

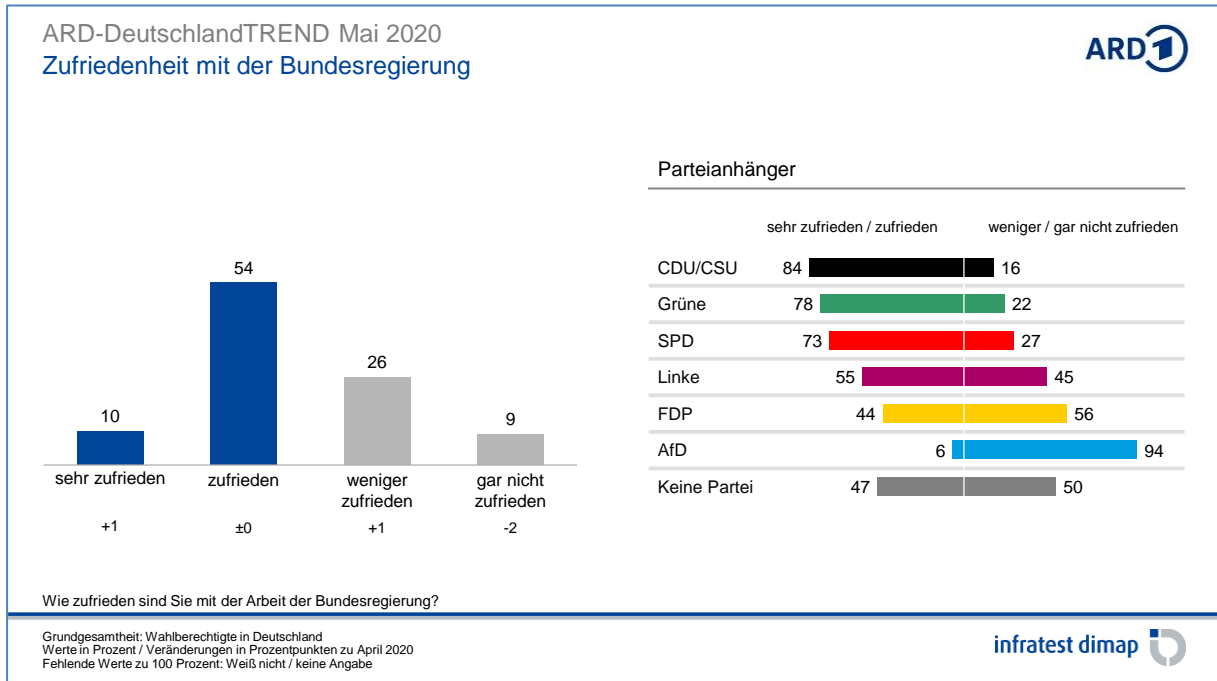
Zur Eindämmung des Corona-Virus wurden Ende März Einschränkungen im öffentlichen Leben vorgenommen, die für die Bundesrepublik ohne Beispiel sind. Aus epidemiologischer Sicht mit Erfolg: Die Zahl der Neuinfektionen ist seither deutlich rückläufig. Damit einhergehend hat sich in den vergangenen vier Wochen sowohl die Infektionsangst der Bevölkerung als auch die Sorge vor einer Überlastung der medizinischen Infrastruktur massiv abgeschwächt: Die Sorge, dass man sich selbst oder Familienangehörige mit Covid-19 anstecken könnte, hat sich von 51 Prozent auf 25 Prozent halbiert und bewegt sich damit auf dem Niveau von Anfang März. Statt 37 Prozent fürchten nur noch 21 Prozent der Deutschen Engpässe in der medizinischen Versorgung.



## Positives Urteil für Regierungsarbeit und Corona-Krisenmanagement

Nur wenig verändert zum Vormonat stellen gut zwei Drittel (67 Prozent; -5) dem Berliner Kabinett ein positives Zeugnis für das bisherige Krisenmanagement in der Corona-Pandemie aus. Zufriedenheit überwiegt in den Reihen der Koalitionspartner, aber auch unter den Anhängern von Grünen und Linkspartei. Kritische Haltungen beziehen dagegen wie gehabt die AfD-Anhänger (16:84 Prozent), nach sechs Wochen Lockdown mittlerweile aber auch die Anhänger der FDP (39:61 Prozent).

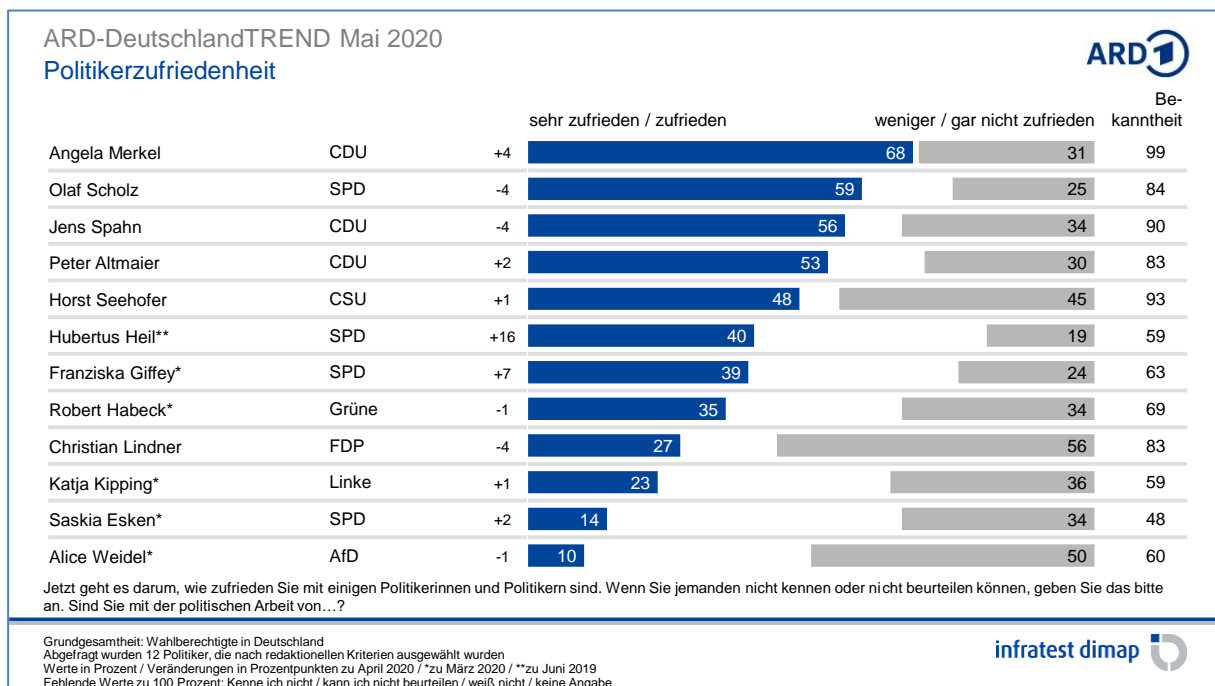




Das Corona-Krisenmanagement trägt auch im Mai zu einer mehrheitlich wohlwollenden Bewertung der Berliner Regierungsarbeit insgesamt bei. Ähnlich wie im Vormonat äußern sich fast zwei Drittel (64 Prozent; +1) zufrieden. Außerhalb der eigenen Reihen erhält Schwarz-Rot Unterstützung durch die Anhänger von Grünen und Linken. Die FDP-Anhänger sind in ihrem Urteil gespalten (44:56 Prozent). Die AfD-Anhänger üben massive Kritik (6:94 Prozent).

## Politikerzufriedenheit: Merkel, Scholz und Spahn führen Politikerliste an

Das Vertrauen in das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung geht weiterhin mit hohen Unterstützungswerten für die Berliner Kabinettspitzen einher. Angela Merkel erhält mit 68 Prozent (+4 zum Vormonat) den höchsten Zuspruch seit Juli 2017. Olaf Scholz (59 Prozent; -4) und Jens Spahn (56 Prozent; -4) verfehlen ihre persönlichen Rekordwerte vom Vormonat nur leicht. Peter Altmaier (53 Prozent; +2) erzielt einen neuen Bestwert, ebenfalls Horst Seehofer (48 Prozent; +1) als Innenminister.

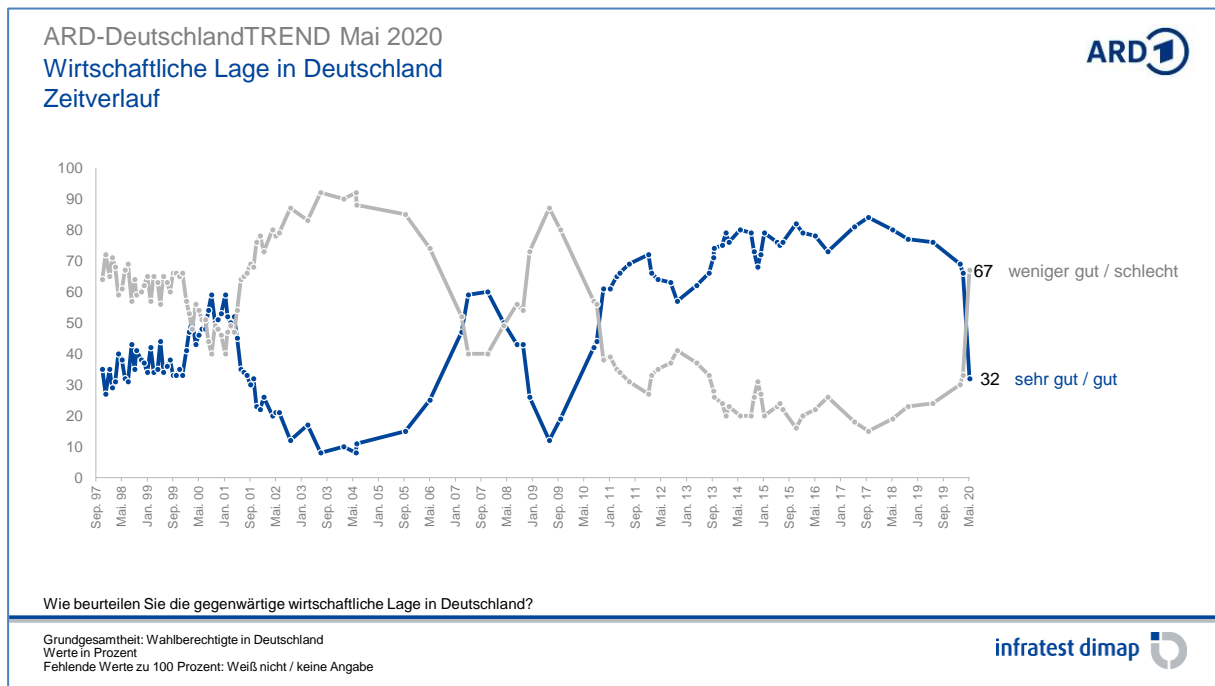


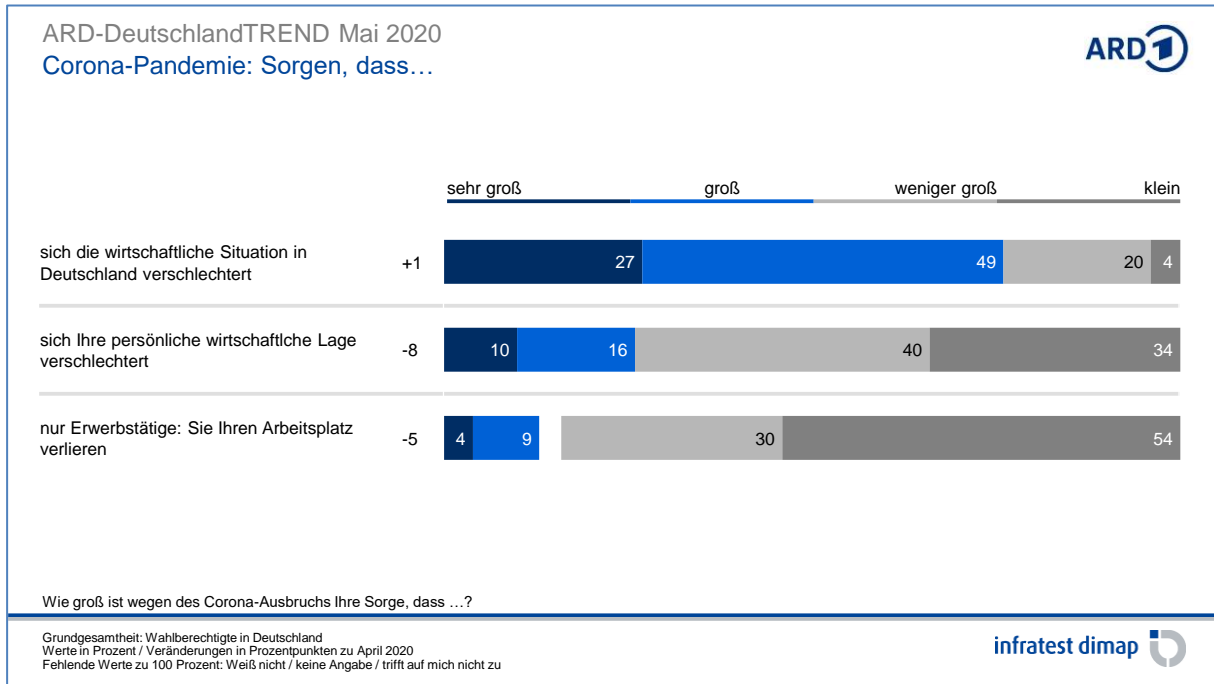
Familienministerin Franziska Giffey (39 Prozent; +7 zu März) und Arbeitsminister Hubertus Heil (40 Prozent; +16 zu Juni 2019) bleiben dahinter zurück. Wie der CSU-Innenminister konnten jedoch auch die beiden SPD-Minister ihren Bevölkerungsrückhalt ausbauen und erzielen aktuell persönliche Höchststände. Dies gelingt den Spitzen der Bundestagsopposition derzeit nicht. Am vergleichsweise populärsten ist Grünen-Vorsitzender Robert Habeck, mit dessen Arbeit derzeit ein gutes Drittel zufrieden ist (35 Prozent; -1 zu März). FDP-Vorsitzender Christian Lindner wird von 27 Prozent (-4) positiv bewertet, Linken-Chefin Katja Kipping von 23 Prozent (+1 zu März). Schlusslicht bildet die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (10 Prozent; -1). Zur SPD-Vorsitzenden Saskia Esken äußern sich 14 Prozent (+2 zu März) zustimmend. Nach wie vor traut sich die Hälfte zu ihrer Arbeit kein Urteil zu.



## Massive Eintrübung der wirtschaftlichen Stimmung

Nach sechs Wochen Corona-Lockdown bestimmen vermehrt die Folgekosten der Pandemie die Debatten. Die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger hat innerhalb von zwei Monaten einen Rekordabsturz durchlaufen. Bewerteten vor dem Lockdown im März noch zwei Drittel die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv, kommt aktuell nur ein Drittel (32 Prozent) zu diesem Urteil – der niedrigste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit der Euro-Finanzkrise von 2008/2009. 67 Prozent bewerten die Situation als weniger gut bzw. schlecht.

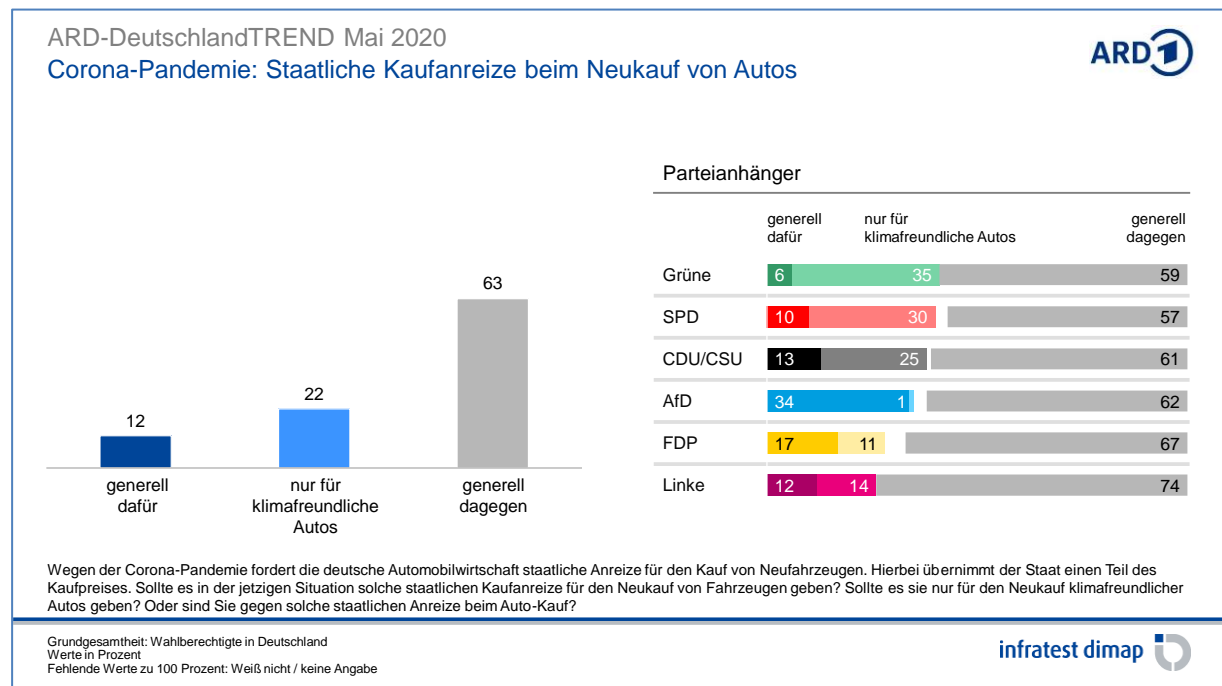




Die kritische Lagebeurteilung geht einher mit einer sichtbaren Skepsis gegenüber der weiteren konjunkturellen Entwicklung. Ähnlich wie im Vormonat machen sich wegen des Corona-Ausbruchs drei Viertel (76 Prozent; +1) sehr große bzw. große Sorgen, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtern wird. Kurzarbeitergeld, Soforthilfeprogramme, sinkende Infektionszahlen und erste Maßnahme-Lockerungen wecken allerdings kurzfristig Hoffnungen, zumindest für die persönliche Situation: Die Zahl der Erwerbstätigen, die sich ernsthafte Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes machen ist zum Vormonat leicht von 18 auf 13 Prozent gesunken. Ebenso zurückgegangen ist die Zahl der Bundesbürger, die sich aktuell um die eigene wirtschaftliche Situation Sorgen macht, und zwar von 34 auf 26 Prozent.

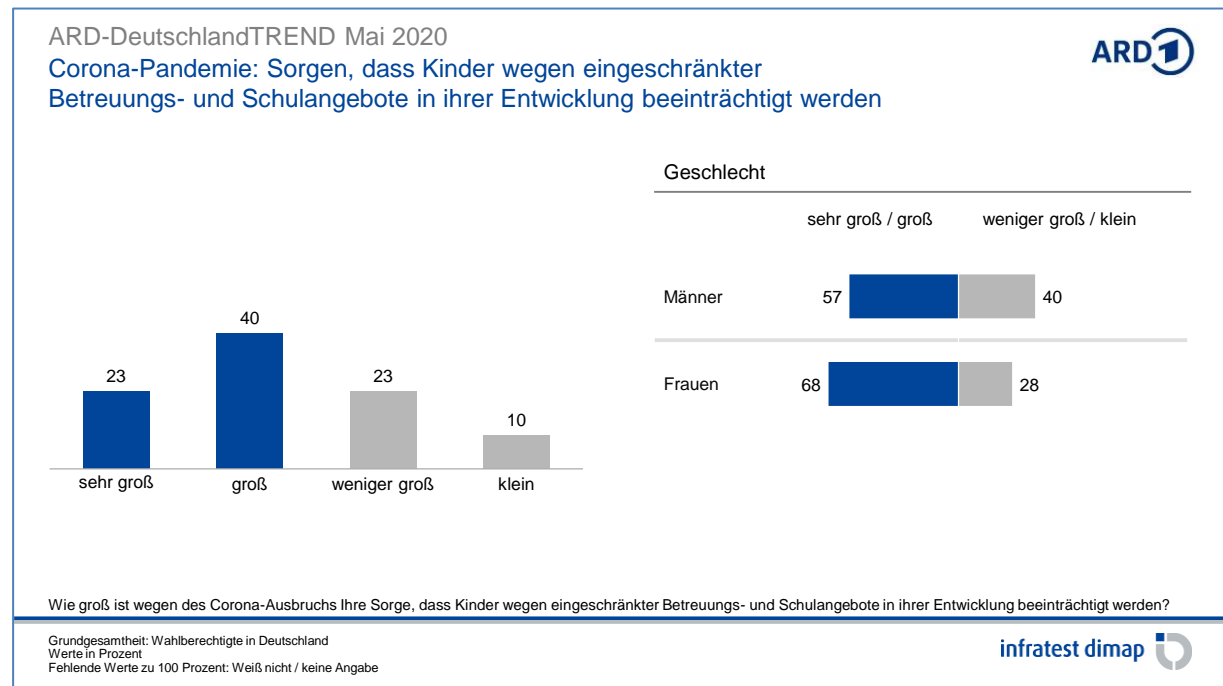
## Knapp zwei Drittel gegen staatliche Kaufanreize für Auto-Neukauf

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft sind verschiedene Maßnahmen im Gespräch. Die deutsche Automobilindustrie ist mit dem Vorschlag von staatlichen Autokauf-Anreizen auf die Politik zugegangen. Eine Entscheidung hierüber wurde allerdings erst einmal vertagt. Die Deutschen stehen solchen staatlichen Kaufanreizen in der aktuellen Situation parteiübergreifend mehrheitlich kritisch gegenüber. Knapp zwei Drittel (63 Prozent) sprechen sich aktuell dagegen aus. 34 Prozent bewerten sie durchaus positiv, wobei wiederum 22 Prozent entsprechende Anreize allerdings auf den Neukauf von klimafreundlichen Autos beschränken möchten.

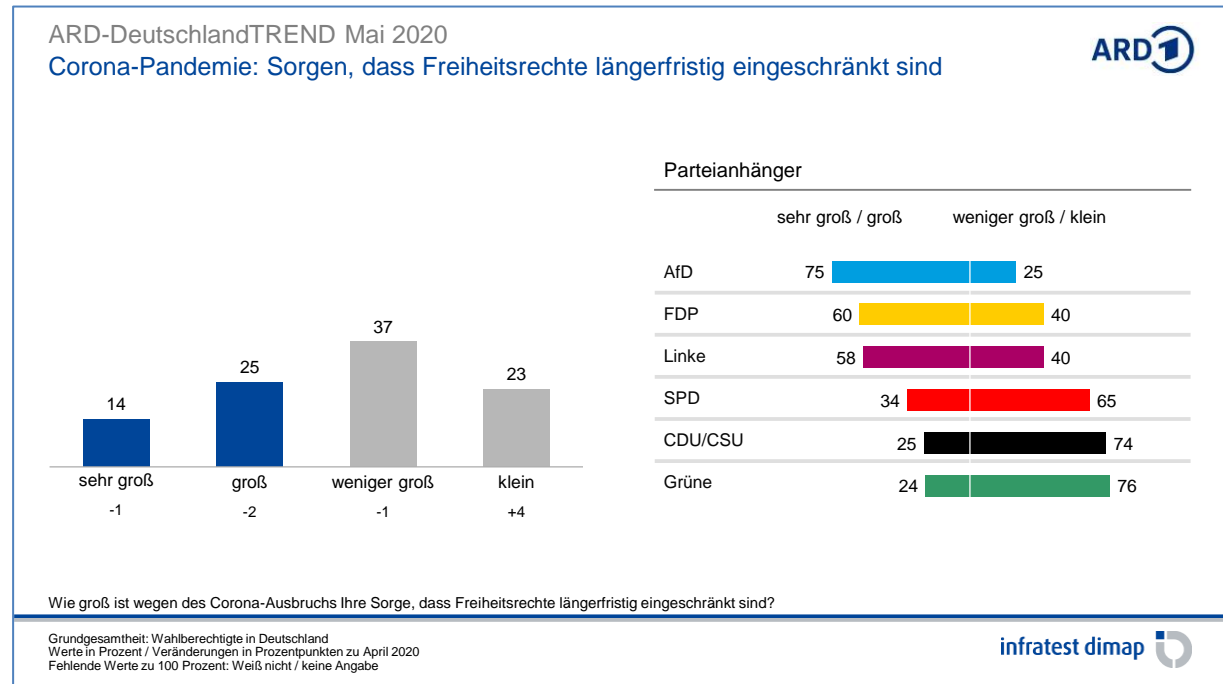


## Zwei Drittel sorgen sich um Kinderentwicklung, vier von zehn um Freiheitsrechte

Neben den wirtschaftlichen Konsequenzen wurde in Deutschland zuletzt verstärkt über soziale und verfassungspolitische Aspekte des Lockdowns diskutiert. Zunehmende Aufmerksamkeit erzielte die Situation der Kinder. Knapp zwei Drittel der Deutschen (63 Prozent) machen sich sehr große bzw. große Sorgen, dass aufgrund eingeschränkter Betreuungs- und Schulangebote die Entwicklung von Kindern beeinträchtigt sein könnte. Insbesondere Frauen sind bei diesem Thema alarmiert: 68 Prozent von ihnen äußern entsprechende Befürchtungen. Bei den Männern sind es 57 Prozent.

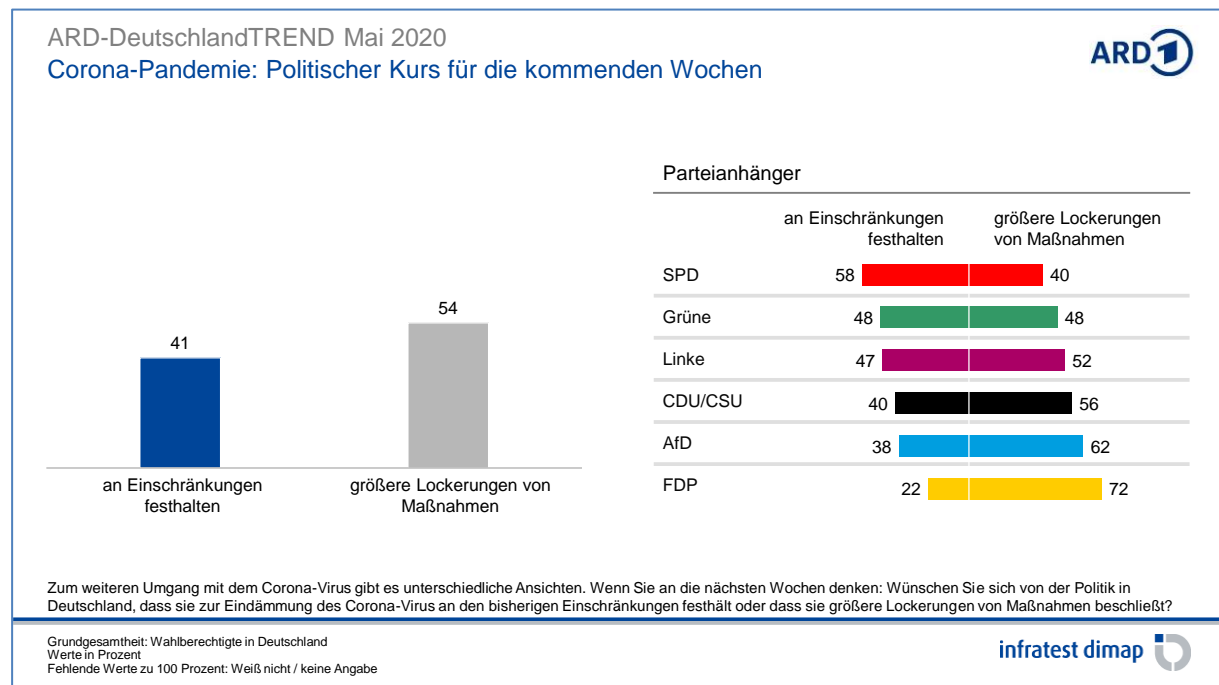


Dass der Lockdown Freiheitsrechte längerfristig einschränken könnte, bewegt trotz begonnener Lockerungen weiterhin etwa vier von zehn Bundesbürgern (39 Prozent; -3). Bedenken kommen einerseits von den AfD-Anhänger (75 Prozent), andererseits aus den Reihen der FDP (60 Prozent) und der Linken (58 Prozent).



## Keine eindeutige Haltung zum Corona-Kurs der kommenden Wochen

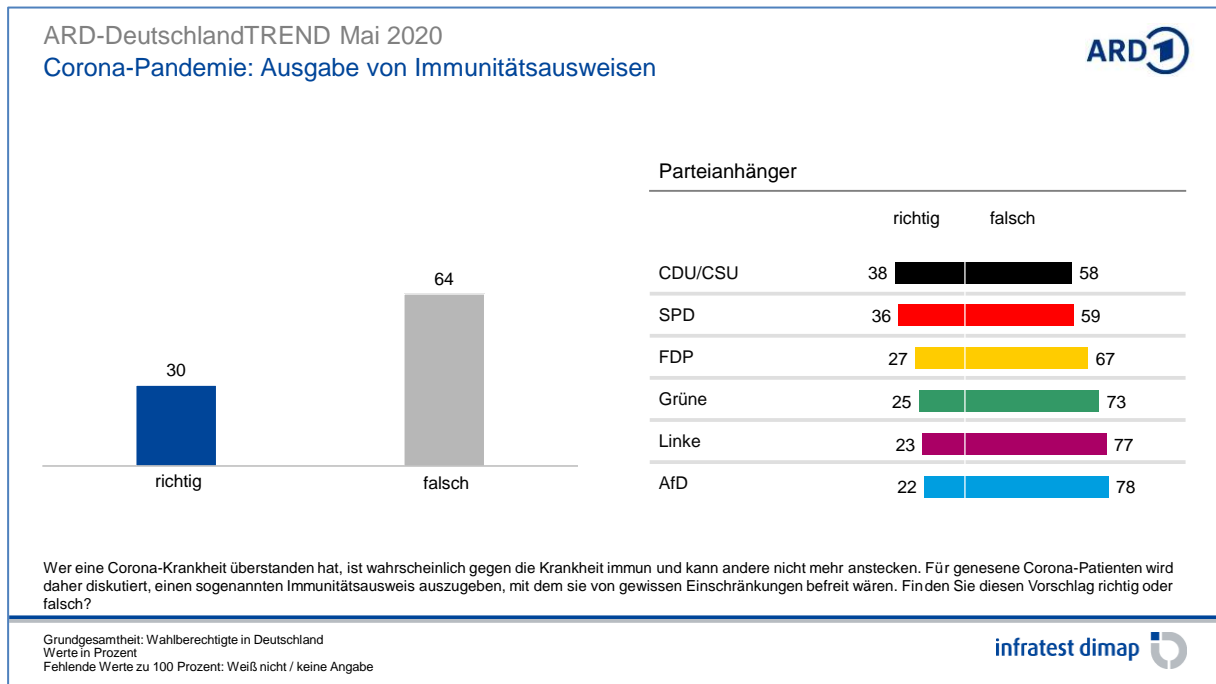
Das Infektionsgeschehen der letzten Tage und die Debatte über die Folgekosten der Pandemie erhöhen den Druck auf die Politik, zeitnah eine sichtbare Normalisierung der Verhältnisse einzuleiten. Die Haltung der Bundesbürger zum weiteren Corona-Kurs ist allerdings keineswegs eindeutig: Gut jeder zweite Bundesbürger (54 Prozent) wünscht sich zwar für die kommenden Wochen eine größere Lockerung von Maßnahmen. Immerhin 41 Prozent sprechen sich dagegen für ein Festhalten an den bisherigen Einschränkungen aus. Prägend für die Haltung der Bundesbürger zum Corona-Kurs der kommenden Wochen ist nicht zuletzt die individuelle Infektionsangst. Diejenigen, die sich weiterhin große Sorgen um eine Ansteckung mit Covid-19 machen, fordern zu zwei Dritteln (66 Prozent) ein Festhalten an den Einschränkungen. Unter denjenigen, die diese Ängste nicht teilen, ist die Unterstützung für fortgesetzte Einschränkungen mit 33 Prozent aktuell nur halb so groß.



Deutliche Schritte in Richtung Normalisierung unterstützen vor allem die Anhänger von FDP (72 Prozent) und AfD (62 Prozent). Auch in den Reihen der Union überwiegt der Zuspruch zugunsten größerer Lockerungsschritte (40:56 Prozent). Die Anhänger von Grünen (48:48 Prozent) und Linken (47:52 Prozent) sind in ihrem Urteil eher gespalten. Die SPD-Anhänger tendieren demgegenüber dazu, an Einschränkungen festzuhalten (58:40 Prozent).

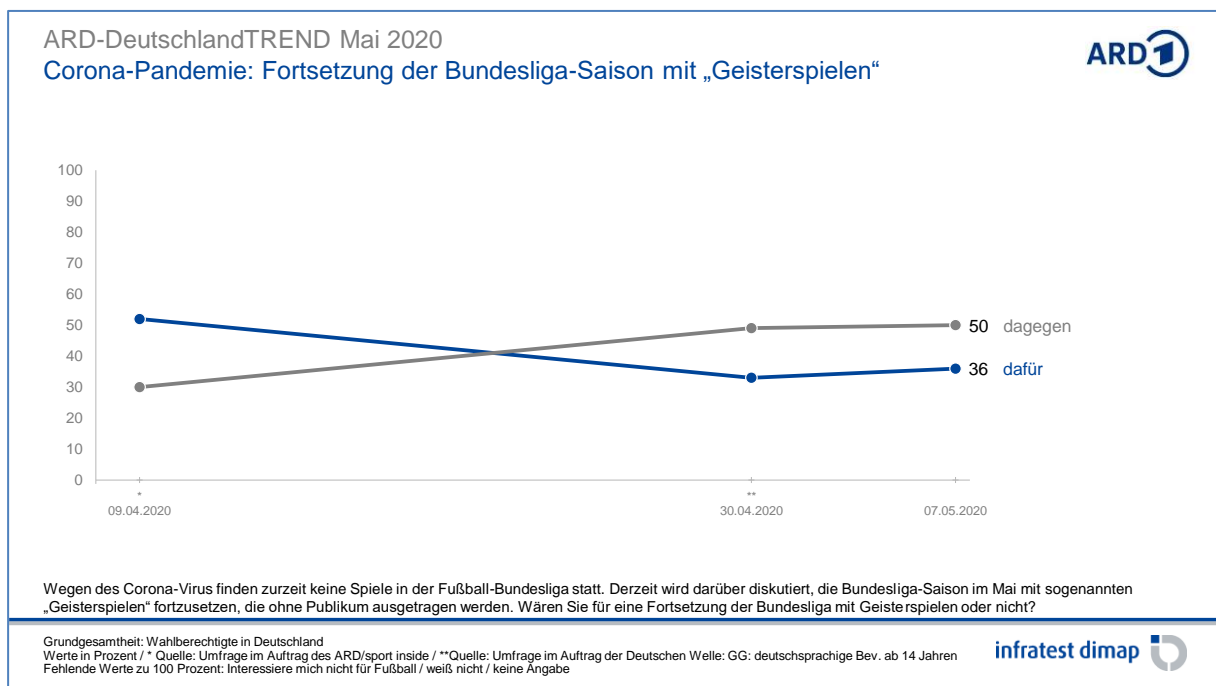
## Wenig Zuspruch für Ausgabe von Immunitätsausweisen

Als eine Begleitmaßnahme für die Lockerung von Maßnahmen wurde vom Bundesgesundheitsminister die Ausgabe eines sogenannten Immunitätsausweises an genesene und damit immune Corona-Patienten ins Spiel gebracht, so dass diese von bestehenden Alltagseinschränkungen befreit wären. Diese Idee findet lagerübergreifend nur wenig Zuspruch. Drei von zehn Bundesbürgern sehen ihn als richtig an, zwei Drittel dagegen als falsch.



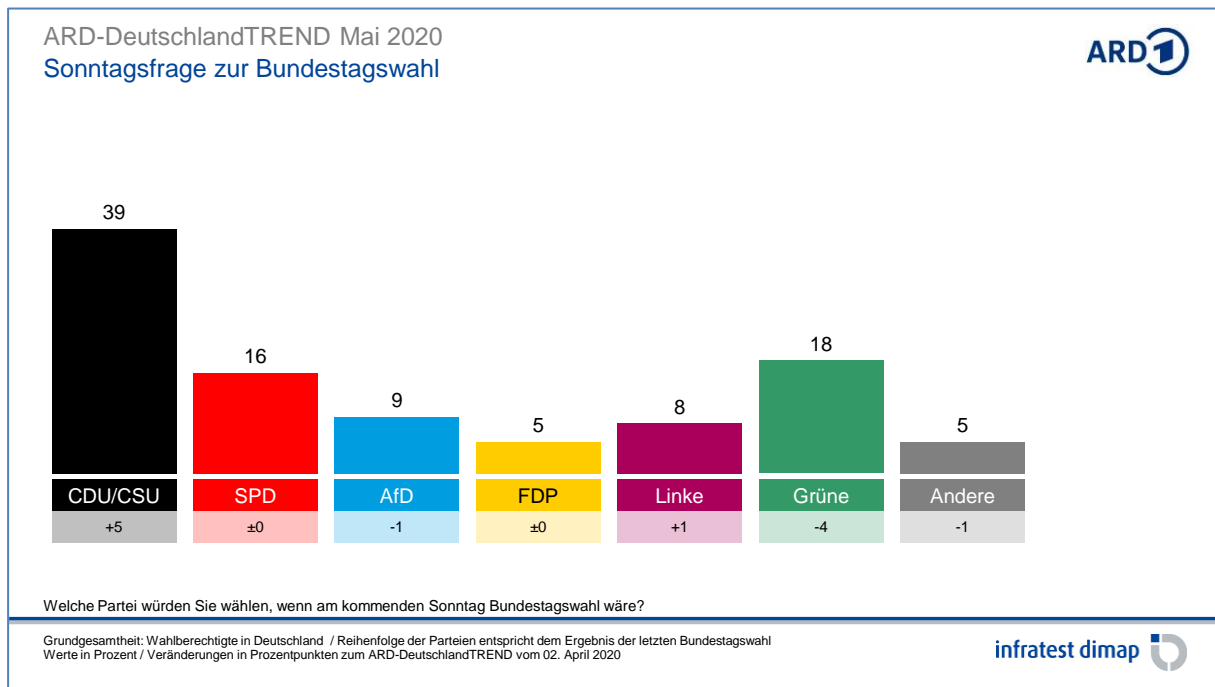
### 36 Prozent für Fortsetzung der Bundesligasaison mit Geisterspielen

Ein sichtbares Zeichen der Normalisierung wäre die Wiederaufnahme des seit März eingestellten Bundesligaspielbetriebs. Hierzu hat die DFL vorgeschlagen, die Saison ab Mai mit Fußballspielen ohne Publikum, sogenannten Geisterspielen, wieder aufzunehmen. Entsprechende Pläne überzeugen die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) nicht. Nur ein gutes Drittel (36 Prozent) unterstützt eine Fortsetzung der Bundesligasaison mit Spielen vor leeren Rängen. Auch unter denjenigen, die sich für die kommenden Wochen von der Politik deutliche Lockerungen bei den Corona-Maßnahmen wünschen, gibt es keinen überwältigenden Zuspruch zu den Liga-Plänen: Von ihnen sprechen sich vier von zehn (39 Prozent) für eine Fortführung der Saison mit Geisterspielen aus, ebenso viele (43 Prozent) sind allerdings dagegen.



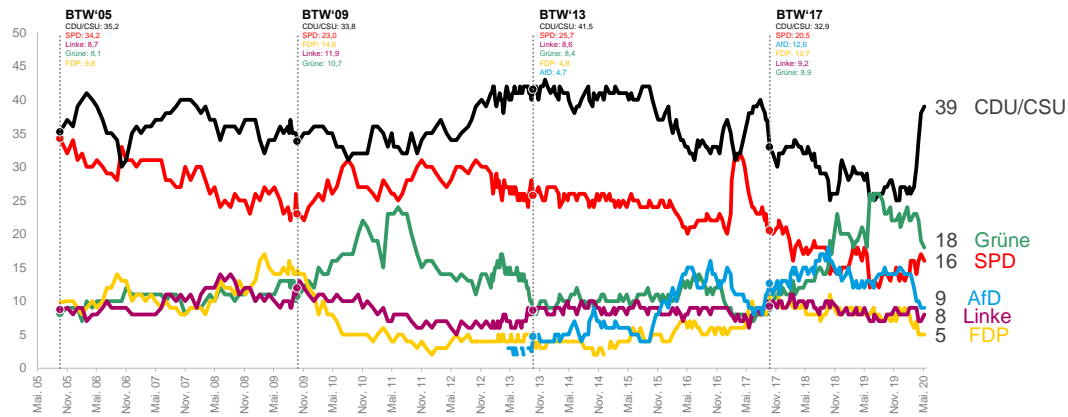


## Sonntagsfrage: CDU/CSU auf dem höchsten Wert seit August 2017



Von der guten Gesamtbewertung der schwarz-roten Bundesregierung und ihres Krisenmanagements profitiert weiterhin allein die Union: Die CDU/CSU legt in der Sonntagsfrage zum Vormonat um 5 Punkte auf 39 Prozent zu. Letztmalig lag sie im August 2017 auf diesem Niveau. Die SPD verharrt wie im April bei 16 Prozent. Die Oppositionsparteien tun sich weiterhin schwer. Die Grünen verlieren zum Vormonat 4 Punkte und hätten aktuell 18 Prozent in Aussicht, der niedrigste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Oktober 2018. Die AfD gibt 1 Punkt ab und ist mit 9 Prozent wie zuletzt im August 2017 nur noch einstellig. Die FDP müsste mit 5 Prozent wie im Vormonat um den Bundestagseinzug kämpfen. Allein die Linke legt leicht zu, sie käme aktuell auf 8 Prozent (+1). Alle anderen Parteien würden zusammen 5 Prozent erzielen.

ARD-DeutschlandTREND Mai 2020  
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



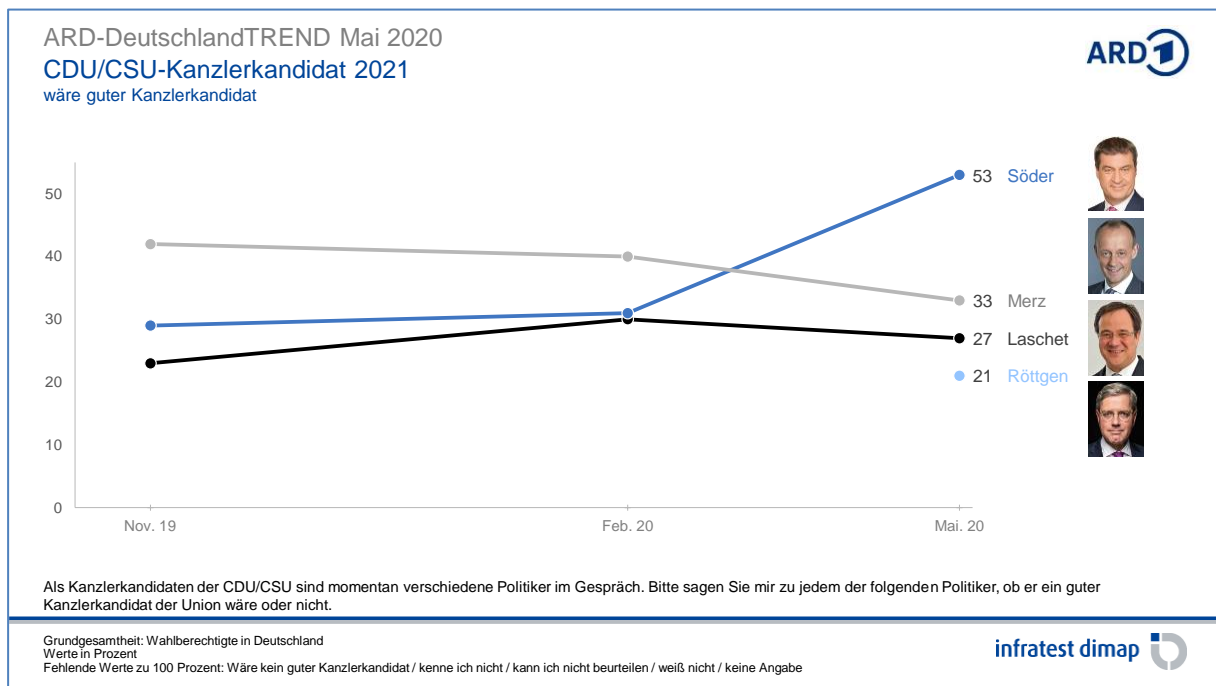
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Unions-Kanzlerkandidat 2021: Söder am besten bewertet

Wer die CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 in den Wahlkampf führen wird, ist bislang offen. Von den Unions-Politikern, die hierzu im Gespräch sind, gilt Markus Söder aktuell bei jedem zweiten Bundesbürger (53 Prozent) als ein guter Kanzlerkandidat. Er überzeugt damit mehr Wahlberechtigte als Friedrich Merz (33 Prozent), Armin Laschet (27 Prozent) und Norbert Röttgen (21 Prozent). Der bayerische Ministerpräsident hat im Zuge der Corona-Krise deutlich an Rückhalt gewonnen und schneidet auch im Urteil der Unions-Anhänger (67 Prozent) derzeit am besten ab. Dagegen hat insbesondere Friedrich Merz seither deutlich an Unterstützung verloren.



## ARD-DeutschlandTREND Mai 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	04. Mai bis 05. Mai 2020 Sonntagsfrage: 04. Mai bis 06. Mai 2020	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3